

Pressemitteilung

Ansprechpartner:

Holger Seit
Tel. 089 / 76 79 – 133
seit@lbb-bayern.de

Baukonjunktur uneinheitlich: Volle Auftragsbücher im Hochbau aber zu wenige Aufträge im Straßen- und Tiefbau

(München, am 15.11.2021). „Bayerns Baukonjunktur entwickelt sich uneinheitlich. Die gute Konjunktorentwicklung im Wohnungsbau und im Ausbau hält an. Im Wirtschaftsbau verzeichnen wir eine stabile Seitwärtsbewegung. Die Geschäftslage und die Erwartungen in den Sparten Straßen- und Tiefbau und Öffentlicher Bau haben sich dagegen weiter eingetrübt. Wir erwarten im Wohnungsbau und Ausbau für das laufende Jahr eine weitere Umsatzsteigerung. Der Wirtschaftsbau und der öffentliche Hochbau werden sich dagegen bestenfalls auf Vorjahresniveau halten können. Für den Straßenbau und sonstigen Tiefbau erwarten wir sogar im Vorjahresvergleich einen leichten Umsatzrückgang.“ So schätzt Andreas Demharter, Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, die Ergebnisse der Herbst-Konjunkturumfrage des Verbandes ein, an der sich 335 mittelständische Bau- und Ausbauunternehmen beteiligt haben.

Ihre gegenwärtige Geschäftslage beurteilen die Unternehmen insgesamt positiv. So melden 47 % der Unternehmen eine gute Geschäftslage, demgegenüber sehen nur ca. 16 % eine schlechte Lage. Gut ein Drittel der Unternehmen bewertet die Lage mit "befriedigend". Die Geschäftslage wird in den Bausparten allerdings höchst unterschiedlich beurteilt. Während die Geschäftslage im Wohnungsbau von 75 % der Unternehmen gut beurteilt wird, sind es im Straßenbau und im Öffentlichen Hochbau nur 22 % bzw. 24 %. Im Wirtschaftsbau wird immerhin von 30 % der Unternehmen die Geschäftslage mit gut eingeschätzt. Entsprechend beurteilen nur 16% der im Wohnungsbau tätigen Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als schlecht, aber rund ein Drittel der Unternehmen im Öffentlichen Hochbau und im Straßenbau.

Im Wohnungsbau haben die Bauunternehmen ein sattes Auftragspolster. 78 % der befragten Betriebe haben eine Auftragsreichweite von mehr als 3 Monaten. Dagegen reichen bei fast jedem zweiten Straßenbauunternehmen die bestehenden Aufträge keine 2 Monate.

Demharter sieht den Freistaat Bayern in der Pflicht: „Der Straßen- und Tiefbau braucht dringend Impulse der Öffentlichen Hand. Angesichts des Zustands der Staatsstraßen



sollte der Freistaat die investiven Mittel für die Ertüchtigung seiner Straßen deutlich erhöhen. Dadurch würde er entscheidend zur Arbeitsplatzsicherung bei den Straßenbauunternehmen beitragen, die in den vergangenen Jahren im Vertrauen auf eine Investitionsinitiative von Freistaat und Kommunen Personal aufgebaut haben.“

Das bayerische Baugewerbe bleibt ein Jobmotor: Jedes vierte Unternehmen plant im kommenden Jahr die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2021 zu erhöhen. Nur 6 Prozent der befragten Unternehmen will Beschäftigte abbauen. Noch dynamischer ist die Lehrlingssituation. Jedes dritte mittelständische Bauunternehmen will in 2022 die Zahl der Lehrlinge gegenüber 2021 erhöhen. Dagegen wollen nur 8 Prozent der Unternehmen weniger ausbilden als in diesem Jahr. Mehr als die Hälfte der Bauhandwerksbetriebe hat unbesetzte Ausbildungsplätze.

Die Einkaufspreise sind in den letzten 3 Monaten weiter deutlich gestiegen. Dies bestätigten 85 Prozent der Befragten Unternehmen. Auch für die nächsten Monate rechnen 9 von 10 Unternehmen mit weiter steigenden Einkaufspreisen. Besonders stark betroffen sind Stahlprodukte, Kunststoffe und Holzprodukte sowie Bitumen. Diese Produkte sind am Markt auch nur eingeschränkt verfügbar.

Die Bautätigkeit wird aktuell am meisten durch Arbeitskräftemangel und Liefer-schwierigkeiten von Material behindert. Dies gaben jeweils 75 Prozent bzw. 58 Prozent der befragten Unternehmer an. Aber auch Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren sieht fast jedes dritte Unternehmen als Bauhindernis an. Hinzu kommt, dass 41 Prozent der befragten Unternehmer eine deutliche Zurückhaltung der Städte und Kommunen bei Investitionen feststellen.